

In Sachsen. Das Reichskabinett wird aufgefordert, die SAJ aufzugeben, um durch provokatorisches Auftreten Zusammenstöße mit kommunistischen Arbeitern und den Wahlhelfern der KPD herbeizuführen. Mit den Mitteln der Lüge und Verleumdung wird eine allgemeine Pogromstimmung entfesselt. Es vergeht kein Tag, an dem nicht in den sozialdemokratischen Zeitungen die schauderhaftesten Lügenmärchen über die Sowjetunion, über die KPD und die Führer der kommunistischen Partei verbreitet werden. Die Verräte am Proletariat begleiten dabei die bewußtesten Lügenschulden. So fälscht die gesamte sozialdemokratische Presse das Alter des Genossen-Siegels zu seinen Ausführungen zur Erwerbslosenfrage im Sächsischen Landtag. In alarmierender Aufmachung berichtet die sozialdemokratische Presse einen Schwund über angebliche Ausführungen des Genossen Sindermann über den Faschismus und versucht damit, den Arbeitern vorzulügen, Nationalsozialisten und Kommunisten gehen zusammen. Die Lügen der Chemnitzer Volksstimme werden aber durch eine Protesterklärung des Chemnitzer Straßenbahnbetriebsrats als falsche Wahlmasche gebanktmark. Auf Antrag des sozialdemokratischen Gesamtbetriebsratsvorstandes Müller spricht Genosse Sindermann am 10. Sept. wieder in einer Vollversammlung der Straßenbahner. So wie die Lügennachrichten der Volksstimme sind auch die anderen Schwundberichte der sozialdemokratischen Zeitungen zu bewerten. Um ihren Lügen besondere Nachdruck zu verleihen, bedienen sie sich solcher gefälschter Subjekte, wie Hans Büch aus Leipzig, der im Sumpf der Leipziger Volkszeitung jetzt sein Unwesen treibt und dessen Verleumdungen von allen sozialdemokratischen Zeitungen abgedruckt werden.

All diese Verleumdungen werden nicht dazu beitragen, die Arbeiter erneut dafür zu gewinnen, daß sie ihre Stimme geben. Damit eine Anzahl Empörtenlinge wieder auf die Ministerkette kommen und dort die Arbeiter verraten. Für ihre Umzüge lauft sich die SPD die notwendigen Statistiken. Bei dem Umzug am vergangenen Sonntag in Dresden, bei dem die Gewerkschaften die Automobile stellten, zahlten diese für die Wiederaufmünsternden 2 bis 6 Mark, und trotzdem war dieser Umzug möglich.

Wir müssen jetzt die letzten Tage benutzen, um noch Männer an die Arbeiter heranzutragen. Unter keinen Umständen dürfen wir auf die Provokationen unserer Gegner hereinfallen. Wir befinden uns auf dem Wege der Überlegenheit, wir müssen unsere Arbeit noch mehr als bisher auf die wirtschaftliche ernsthafte Ausführung insbesondere der sozialdemokratischen Arbeiter abstellen. Das gilt auch bei unserem öffentlichen Auftreten. Die Parole: „Wer hat uns verraten? Sozialdemokrat!“, erweist sich in dieser schmalen Form als ungünstig. Die sozialdemokratischen Arbeiter fühlen sich davon zu stark betroffen. Wir dürfen nicht nur allgemein feststellen, sondern müssen beweisen. Dazu haben wir lautende Möglichkeiten. Nennen wir die letzten Tage hierzu noch härter aus! Wie schärfer noch die Offensive gegen unsere Gegner. Wer kämpft gegen den Kapitalismus? Nur die Kommunisten! Das müssen wir zeigen und dabei aufzeigen, daß unser Kampf gegen Sozialfascismus und Nationalfascismus ein Kampf gegen die Hölle des Kapitalismus ist. Wir wollen die kapitalistische Gesellschaftswelt beseitigen. Wir wollen die Diktatur des Proletariats! Die Stimmenabgabe für die Linke 4 gilt uns als Sammlung der Armees des Klassenkampfes. Der Sieg über den Kapitalismus kann aber nur erreicht werden, wenn die Mehrheit der Arbeiter auf unserer Seite steht. Die letzten Tage des Wahlkampfes müssen deswegen auch eine verstärkte Arbeit für die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse sein. Sie müssen in erhöhtem Maße die Plattform für unsere Arbeit nach dem 14. September abgeben. Konzentrieren wir die Hauptkräfte auf die Betriebe, arbeiten wir bei den Erwerbslosen, unter den Mittelständlern, auf dem Lande bei den Landarbeitern und arbeitenden Bauern. Dann werden wir am 14. September einen Schritt vorwärts tun zur Sammlung der Kräfte für die proletarische Revolution, zum Kampf gegen die faschistische Diktatur, für den Sieg der Arbeiterklasse!

Mit dem Republikschutzgesetz gegen Hötz

Die Staatsanwaltschaft II Berlin teilt mit, daß sie ein Ermittlungsverfahren gegen den Genossen Max Hötz wegen Vergewaltigung gegen den § 5 Jäger 4 des Republikschutzgesetzes eingeleitet hat. Die Staatsanwaltschaft hält sich dabei auf die Füllschwung, die der sozialdemokratische „Vorwärts“ über die Rede des Genossen Max Hötz im Sportpalast veröffentlicht hat, und behauptet: Max Hötz habe „zur Errichtung von Vollgenossen“ aufgefordert.

Die Partei der Fürsten und Erzellenzen

Er-Kronprinz will Mitglied der Hitlerpartei werden — Hitlers Wahlgeschäft 5000 Mark für eine Versammlung

Der Sächsische Beobachter vom Sonntag dem 7. September bringt die ausschenerregende Mitteilung, daß, nachdem bereits Prinz August Wilhelm, die Prinzessin Reuß, der Prinz Christian zu Schaumburg-Lippe und der ehemalige Herzog von Coburg-Gotha Mitglied der NSDAP sind, auch der ehemalige Kronprinz Mitglied der Hitlerischen „Arbeiterpartei“ werden will.

Gütewahr, eine auserlesene Gesellschaft, die sich neben dem Großmaul Goebbels und dem Demagogon Hitler in dieser „Arbeiterpartei“ ganz gut ausmacht. So sieht diese Partei aus, die in frisch verlogener Demagogie sich als Kämpferin gegen den ausbeuterischen Youngplan aufspielt. Selbst wenn der „Herr von Oels“ sich noch nicht angemeldet hat, das andere genügt vollkommen.

Welcher Arbeiter wird dieser Partei der Exzellenzen, Prinzen und Kapitalschreiber noch folgen? Wer wird für diese Partei und Mollenmöder noch sein Leben opfern wollen? Wer wird im Auftrage dreier Banditen noch den Streikbruch gegen losenbewußte Arbeiter durchführen?

Wenn die „Parteiführer“ sich ganz ansehnliche Versammlungsgebühren zahlen lassen, so steht auch hier Hitler selbst an der Spitze. Die Abgeordneten erhalten für Versammlungen 70 bis 150 Mark, aber Hitler erhält gleich 5000 (fünftausend).

Bei der Bruttoneinnahme im Berliner Sportpalast erhielt Hitler, der Hohenzollernknecht, die Hälfte.

So „kämpfen“ diese Geschäftsmacher „gegen den Youngplan“. Kein Zweifel: Hitler verzichtet es, sich die Taschen zu füllen und den Beitrag der Nazis: „Gemeinnütz vor Eigennütz“, zu entlasten.

Die ehrlichen nationalsozialistischen Arbeiter werden sich von dieser Partei des Betrugs und der Lüge abwenden und in der roten Klassenfront für die nationale und soziale Befreiung kämpfen!

Neustes KPD-Flugblatt mit faustdickem Wahlschwundel

Der Gesamtbetriebsrat der Chemnitzer Straßenbahner entlarvt die Verleumder

Dresden, den 9. September.

Am heutigen Tage gelangt ein sozialdemokratisches Flugblatt zur Verteilung, in dem die Behauptung aufgestellt wird, daß wir Kommunisten „Arm in Arm mit Hitler“ gingen. Als Beweis dient eine angebliche Rede des kommunistischen Landtagsabgeordneten Sindermann vor den Chemnitzer Straßenbahner, in der Sindermann behauptet haben soll:

„Zawohl, wie geben zu, daß wir im Bunde mit den Nationalsozialisten stehen, daß wir vereint mit den Nationalsozialisten das bestehende kapitalistische System zertrümmern wollen.“

Der Genosse Sindermann hat diese Behauptung der sozialdemokratischen Presse bereits als Fälschung angeprangert. Um aber jeden Zweifel zu beseitigen, daß es sich bei dem sozial-

„Wer in einer exponierten Stellung steht wie wir, muß auch schwinden!“

Dem hat sich der sozialdemokratische Stadtverordnete Rantfog und ganz angepaßt, indem er als Berichterstatter für die „Volksstimme“ fungiert. Die an der Vollversammlung am 3. September 1930 Beteiligten werden bestimmt mit uns konform gehen, wenn wir den Berichtsbericht in der „Volksstimme“ als „einen Schwundel“ bezeichnen.

Selbst sozialdemokratische Arbeiter waren über diesen läugnhaften Bericht entrückt.

Schon der große Führer Bebel sagte: „Es wird niemals mehr geschwindeln als vor einer Wahl.“ Der Berichterstatter bringt einen Berichtsbericht der Chemnitzer Straßenbahner vor, wonit er das Referat des Genossen Sindermann vollständig entstellt wieder gibt. Wir betrachten diese Entstellung als Schach für seine persönliche Niederlage, die er vor den Straßenbahner erlitten hat. Gleichzeitig aber soll es auch eine Wahlparole im Reichsmahlstaat sein.

Doch die Arbeiterschaft hat die verräterische Rolle der Sozialdemokratie erkannt. Sie glauben den Wahlversprechen, die sich bisher als großer Bluff und Schwundel in der Praxis erwiesen haben, nicht mehr. Das Vertrauen, das sich Sindermann in der Chemnitzer Arbeiterschaft im allgemeinen und bei den Straßenbahner im besonderen erworben hat, kann die „Schwindelstimme“ trotz größter Anstrengungen nicht bejähigen. Inzwischen Genosse Sindermann auch bei den sozialdemokratischen Kollegen angeprochen hat, beweist auch der Antrag des sozialdemokratischen Gesamtbetriebsratsvorsitzenden Müller in der Arbeiterversammlung vom 5. September, daß er den Genossen Sindermann an einem der nächsten Tage bei den Straßenbahner über das Thema: „Was bedeutet der Faschismus für die Arbeiterschaft?“ sprechen möchte, dem sich der gesamte Betrieb anschließt.

Am Mittwoch dem 10. September 20 Uhr, findet die Versammlung in Krempels Ballhaus statt. Hier ist auch der sozialdemokratische Stadtverordnete Rantfog eingeladen, erneut die gleichen Worte, wie sie S. gebraucht hat, zu hören.

Stadtverordneter Rantfog ist hierzu ganz besonders eingeladen. Darum, Straßenbahner, erscheint in dieser Versammlung Massen!

Der Betriebsrat.
Raumann 24, Vorl.

Der Arbeiterrat.
Schubert 54, Vorl.

Rudolf Renner MdL

spricht Donnerstag in Hammers Hotel, Augs. Str.

Kommunismus ist die einzige Rettung

demokratischen Nachwurf um eine Wahlbombe überrascht. Es handelt sich hierzu noch die offizielle Erklärung des Betriebs- und Arbeiterrats der Chemnitzer Straßenbahner, die auch den letzten Zweifel beseitigt, wer mit den gemeinsamen Mitteln die Funktionäre der Kommunistischen Partei zu disreditieren, den Vormarsch der Kommunisten aufzuhalten verucht. Die Erklärung lautet:

Erklärung

„Der ehemalige sozialdemokratische Betriebsratsvorsitzende Bötner erläuterte in der Straßenbahnerversammlung am 22. August 1930:“

„Reichswehrminister als Verfasser unseres Programms“

„Wahlbombe“ Seifen-Künstlers — Höher geht's nimmer

Einen ganz tollen Wahltrick leisteten sich die Berliner SPD-Führer. Allen Arbeitern ist der berüchtigte Seifen-Künstler bekannt. Von ihm kommt die Behauptung, daß die Kommunisten am Blutmai 1929 „200 Leichen haben wollten“, von ihm die Seifen- und Möbelwagenparolen während der Reichstagswahl 1928. Dieser selbe Seifen-Künstler hat vorgestern in einer sozialdemokratischen Kundgebung im Sportpalast die Stirn gehabt, wörtlich folgende Ausführungen zu machen. Wir zitieren aus dem „Berliner Tageblatt“ von gestern abend:

„Künstler ging aus von einer Information, die das „S. Ufer-Abendblatt“ am 30. August veröffentlichte. Sie hatte besagt, daß in Rüsingens Versprechungen stattgefunden hätten zwischen dem General von Seeckt und einem hohen russischen Offizier, der sich unter einem angenommenen Namen

dort aufhielt, und daß das nationalistisch gesetzte Wahlmannfest, das die „Rote Fahne“ am 24. August abhielt, mit diesen Versprechungen in Zusammenhang stehe. Künstler sagte, er könne die Richtigkeit dieser Information bejahen, aber auch ergänzen. Auch in Berlin habe eine Konferenz stattgefunden, an der Offiziere des Reichswehrministeriums und der russischen Militärs teilnahmen mit dem Zweck, den nationalistischen Wahlaufruhr des Kommunistischen Parteis vorzubereiten. Die Beratungen sei das dann tatsächlich entstandene Manifest gewesen. Die geheime Verbindung gehe aber weiter.“

Das Reichswehrministerium ist also der Verfasser unseres Manifester zur sozialen und nationalen Befreiung des deutschen Volkes. Toller kann wohl nicht geschwindeln werden. Wie ich stimme muß es um die sozialdemokratischen Bankrotte bestellt sein, wenn sie zu solchen „Wahlbomben“ Zuflucht nehmen.

Ein Feinemörder in der Dresdner Volkszeitung

Am Wettinerplatz kennt man seine Strümpel, wenn es geht, gegen die Kommunistische Partei und das revolutionäre Proletariat zu heben. So bringt die Ausgabe vom Montag eine verlogene Behauptung: „KPD für Feinemörder“. Es sind in der Lage, nachzuweisen, wo die Feinemörder geschützt und begünstigt werden. Rügends anders als in der „Dresdner Volkszeitung“ selbst. Folgende unglaubliche Tatsache wird uns bekannt:

In der „Dresdner Volkszeitung“ wurde ein zu Juchthaus verurteilter Feinemörder beschäftigt. Der Betroffene heißt Dinter und ist ein Bruder des früheren nationalsozialistischen Abgeordneten Aribert Dinter. Für einen Feinemord, den er 1923 bei der Reichswehr beging, wurde er Juchthaus verurteilt. Bei der letzten Amnestieberatung im Reichstag setzte sich die SPD-Fraktion für diesen Dinter ein. Die SPD-Fraktion sorgte dafür, daß ihm eine Arbeitsstelle in der „Dresdner Volkszeitung“ nachgewiesen wurde, weil das die Voraussetzung war für seine Entlassung aus dem Juchthaus. Eine Wohnung erhielt der Feinemörder durch den freitäligen Oberbürgermeister Klümper, der ihn noch ein Täschchen von 150 Mark zu Anschaffungen gab. Der Gaunerwolfs Buchdruckerband Schröder ließ dem Dinter 30 Mark. Eine ganze Anzahl von SPD-Arbeitern wurden von Dinter angepumpt. Sie werden ihr Geld nie wieder sehen, denn diese famose Protektionen der SPD ist bereits verblüht.

Die innere geistige Verbindung dieses würdigen Zeitgenossen mit der SPD-Bürokratie kommt weißtlos darin zum Ausdruck, daß dieser ehemalige Feinemörder dem Lohnbuchhalter der „Dresdner Volkszeitung“, Bräuer, gegenüber erläutert hat, er habe „als Parteisekretär der KPD eine Anstellung erhalten und müsse sofort aufhören. Dienstleistung hat der Party-Vorstand diesen Feinemörder sofort alle Papiere in Ordnung gebracht und Dinter ist auf Zimmerwiedersehen verblüht.“

Diese Tatsache ist so ungeheuerlich, zeigt eine solche Gewissenlosigkeit der SPD-Führung, zeigt, daß diese Purzchen um ihres politischen Geschäftes willen selbst die ruchlosesten Elemente protegieren und diese Bande von Verrätern mögl., die kommunistische Partei zu beschuldigen, daß sie für die Befreiung des Feinemörder eingetreten sei. Welche erbärmliche Rolle die SPD-Führer in der Amnestietage gespielt haben, das werden wir in einem Artikel zeigen.

Unsere Riesenfundgebungen

Erfurt, 9. September. (Eig. Drahtmeldung.)

Die geistige Wahlversammlung in Erfurt, in der Genossen Thälmann sprach, war ein politisches Ereignis ersten Ordens. Der Kaiserzaal war überfüllt, so daß eine zweite Versammlung stattfinden mußte. Schon am frühen Nachmittag waren hunderte Arbeitern nach dem Bahnhof gezogen, um Genossen Thälmann zu empfangen. Obwohl die Ankunft des Zuges nicht bekannt war, warteten sie, bis Genossen Thälmann kam und geleitete ihn in einem mächtigen Demonstrationzug zum Versammlungsort. Es wurden 32 Parteimitglieder und 17 Abonnenten für das „Thüringer Volksblatt“ gewonnen.

Wanne-Eickel, 9. September. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Wahlversammlung, in der Genossen Heinz Neumann am Sonnabend sprach, war bereits lange vor Beginn überfüllt. Kopf an Kopf standen die Massen in einer Parallelversammlung, an der sich 2000 Werkstätte beteiligten. Genossen Heinz Neumann schloß seine Rede: „Wir Kommunisten, die die Kämpfer gegen jede nationale Unterdrückung sind, bleiben bis zu unserem letzten Blutstrom leidenschaftliche Internationalisten der proletarischen Weltrevolution.“ 82 Arbeiter traten in die KPD ein.